

ANFRAGE von Brigitta Johner-Gähwiler (FDP, Urdorf), Marlies Zaugg-Brüllmann (FDP, Richterswil) und Beat Walti (FDP, Zollikon)

betreffend Ombudsstelle für die Volksschule

Die freie Schulwahl wird in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Gründe dafür gibt es viele. Einerseits sind es Ängste von Eltern, die öffentliche Schule vermöge nicht mehr überall den vielfältigen Bildungsansprüchen unserer Gesellschaft zu genügen, also ihren Bildungsauftrag nicht mehr zu erfüllen; andererseits können in konkreten Situationen Unwissen, fehlendes Vertrauen oder ein belastetes Verhältnis Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen Auslöser für Konflikte im schulischen Bereich sein und bei Eltern letztlich zum Wunsch nach Ausweichmöglichkeiten und der «Schule nach Wahl» führen.

Eine «Ombudsstelle Schule» wäre für alle Betroffenen eine unparteiische Ansprechpartnerin und Vermittlerin und könnte dazu beitragen, verhärtete Fronten aufzuweichen und Probleme zu entschärfen. Vor allem Eltern könnten sie bei Unsicherheiten und Fragen ohne Angst vor Nachteilen für ihre Kinder kontaktieren. Die «Ombudsstelle Schule» wäre eine neutrale Stelle in Konfliktsituationen, wenn sich auf dem ordentlichen schulischen Instanzenweg keine befriedigende Lösung des Problems abzeichnet und eine Eskalation (z.B. Rechtsmittel an den Bezirksrat) vermieden werden kann und soll.

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierung bekannt, ob und welche Kantone bereits eine solche Ombudsstelle kennen (Erfahrungen)?
2. Ist die Regierung der Meinung, dass eine «Ombudsstelle Schule» das Vertrauen in die öffentlichen Schulen stärken und für Eltern und Schülerinnen und Schüler vertrauensbildend sein könnte?
3. Welche Zugangsschwelle müsste eine «Ombudsstelle Schule» haben, um weder einen «Beratungs-/Klagen-Tourismus» auszulösen, noch den ordentlichen Instanzenweg unserer Schulen (Lehrperson, Schulleitung, Schulpflege ev. Bezirksrat) auszuhebeln bzw. das Milizsystem zu gefährden?
4. Wie könnte eine «Ombudsstelle Schule» in die bestehende kantonale Ombudsstelle integriert werden, um mit möglichst bescheidenen Ressourcen auszukommen?
5. Wie hoch schätzt die Regierung die Kosten für eine solche «Ombudsstelle Schule» ein? Gibt es eine Erhebung oder Schätzung der Kosten, welche durch festgefahrene Problemsituationen entstehen, die durch Vermittlung einer Ombudsstelle allenfalls gelöst werden könnten?

Brigitta Johner-Gähwiler
Marlies Zaugg-Brüllmann
Beat Walti